

Berliner Tageblatt



Nr. 201

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 29. April 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Die Debatte im Landtag.

Zurückhaltung der Rechtsparteien.

Sie fürchten die Auflösung.

Die heutige Sitzung des Landtages gestaltete sich gleich von Anfang an zu einem politischen Ereignis von nicht gewöhnlicher Bedeutung. Man darf wohl sagen, daß durch die heute von den Parteien der Regierungskoalition abgegebenen Erklärungen die innenpolitische Situation in Preußen in den wesentlichen Punkten vollkommen geklärt ist. Zunächst hatte der Ministerpräsident des Landtages beschlossen, die entscheidende Abstimmung über die Regierungserklärung von Mittwoch nächster Woche auf den Freitag zu verlegen, weil am Mittwoch der Ministerpräsident Braun sich aus Anlaß der Einweihung des Deutschen Museums in München befindet und in Rom den deutschen Botschafter den Eröffnungsfeierlichkeiten eine Rede halten soll. Auch die deutsche Volkspartei trat für die Verlegung ein.

Im Plenum eröffnete heute vormittag der Sozialdemokrat Reichspräsident die Regierungserklärung, indem er mit kurzen Worten das Vertrauen seiner Freunde zum Ausdruck brachte. Darauf schickten die Deutschnationalen dem Abgeordneten Hilde vor, nicht Herrn Schlange-Schönningen. Und Herr Hilde rief sich den Auftrag bekommen, sich besonders häufig und zurückhaltend zu benehmen. Alle Welt hatte das erste Wort der Deutschnationalen im Landtag nach der Wahl von Herrn Schlange-Schönningen erwartet. Die Deutschnationalen wollten eigentlich der deutschnationalen Sprecher mit deutlichen Worten erklären: „Die Sachlage ist ganz klar. Wir haben bisher diesen Landtag immer in Grund und Boden unterstützt. Es liegt von uns ab, wenn dieser Landtag eine Auflösungsentscheidung vor, und darum wollen wir uns nach der Wahl erst lange unterhalten, sondern uns in der Fortdauer verweigern: heraus mit der Auflösungsfrage!“ Aber auch Herr Hilde, behäbig von Gestalt, behäbig im Auftreten, machte in seiner Rede, wohl abgewogener Reduktion außerordentlich viele Worte, um — nichts zu sagen. Wiggins fand sich ein Sak des uns, daß die Deutschnationalen lieber sterben, als diesen Landtag auflösen bringen wollen. Im Gegenteil, sie scheinen jetzt ein heißes Verlangen zu haben, daß der Landtag aufgelöst wird.

Das ist nach der Selbstanklage der Deutschen Volkspartei durchaus zu begreifen, denn

die völkertreuen Organisationen im Lande sind ja infolge der Zerstörung der Herren Campe und seiner Freunde allmählich ganz ins deutschnationale Fahrwasser geraten. Aber das Behagen auf dieser Seite des Hauses war nicht von langer Dauer. Der Führer der Demokraten, Justizrat Rall, war in ganz kurzen knappen Sätzen die Situation: Unterstützung der Regierung, Fortführung und Sicherung der bisherigen Politik und vor allem die bestimmte Erwartung, daß das Kabinett Braun bei der weiteren Entwicklung eine unbesugte Festigkeit an den Tag legt! Diese Abendeung war nitigends mißzuverstehen.

Vorher hatte die Sitzung bereits einen ersten Höhepunkt erreicht gehabt. Namens des Zentrums erließen der Abgeordnete Heß auf der Tribüne. Die Deutschnationalen sahen ihn mit geringer Freude erscheinen, denn sie kennen ihn, und ihre Befürchtungen wurden denn auch in dieser Beziehung bestätigt und jeder Satz war eine vernichtete deutschnationale Hoffnung. Man sollte sich auf den Rechten doch nun endlich nicht mehr der Erwartung auf einen Unfall des Zentrums hingeben. Die Haltung des Zentrums gegenüber deutschnationalen Anbiederungsversuchen habe erst kürzlich in vorbildlicher Weise sein Präfaktionsgenosse Herold dargelegt. Dann ging Heß auf die Wahlkampagne ein und behauptete besonders die Agitation gegen die Katholiken mit ironischen Randbemerkungen. Bei den Schlussworten des Zentrumsabgeordneten, den man auf der Rechten mit atemberaubender Spannung zugehört hatte, lagerte sich auf den Gesichtern der Deutschnationalen absolute Hoffnungslosigkeit. „Wir werden“, so sagte der Abgeordnete Heß, „abwarten, ob die Deutsche zu einer Erweiterung der Regierungsbasis von Erfolg begleitet sind. Ist das aber nicht der Fall, dann werden wir die Konsequenzen und selbst die äußersten nicht scheuen.“

Auch das Zentrum ist also entschlossen, die Auflösung des Landtags zu betreiben, falls von der Rechten nicht ein Hinweis erfolgt wird. Heß erklärte auch die Hoffnung der Volkspartei auf ein Koalitionskabinett mit deutschnationaler Einschlüßung. Die deutschnationale und völkertreue Haltung auf das Zentrum gehört seit heute endgiltig der Vergangenheit an und die Oppositionsfraktionen werden gut tun, diese Tatsache endlich entsprechend in ihre Rechnung einzustellen. Der Abgeordnete Heß hat sie ausdrücklich darum. Sie müssen sich dem Kabinett Braun fügen oder sie haben die Auflösung zu bewerkstelligen.

Die Zukunft des Gymnasiums.

Ein Nachwort zu der Berliner Gymnasialtagung.

von Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer, Mitglied des Reichstags.

Professor Werner Jaeger hat diesen großangelegten Einleitungsbeitrag zu der bedeutenden Berliner Konferenz über das humanistische Gymnasium mit einer Charakteristik der sozialen Hintergründe begonnen, vor denen die Problematik der deutschen Bildung sich abspielt. Er sieht uns in einem rapiden Amerikanisierungsprozeß begriffen, in dem auf der einen Seite einer breiten Masse jede andere als materielle Zielsetzung verloren geht, während die Oberschicht sich im aufsteigenden wirtschaftlichen Kampf verbrüht, und der Mittelstand der Boden für eine geistige Krisisstätte sein könnte, in der Miere eines beengten und ängstlichen Mittags erstirbt.

Wenn das richtig ist — und es ist zweifellos richtig — dann ist Idee und Aufgabe humanistischer Bildung aber ohne Zweifel viel weiter, als daß der Rahmen des humanistischen Gymnasiums sie fassen könnte. Werner Jaeger selbst sprach — wenn auch nicht ganz in diesem Sinne — von der „enge der pädagogischen Bewußtheit der humanistischen Kreise“. Und während der weiteren Verhandlungen verließ einen — gerade wegen des weit gespannten Rahmens der humanistischen Bildungsidee — das Gefühl einer gewissen Enge der pädagogischen Bewußtheit nicht.

Nehme man das humanistische Gymnasium als die Instanz, die den aus dem Gedanken der reinen Menschheitsbildung geborenen Bildungsbegriff im Erlebnis der griechischen Bildung Gestalt gewinnen läßt, so ist doch die weitere Frage zu stellen, was diese Bildung nun heute zu bedeuten und zu bewirken hat.

Genügt es, daß eine schnelle Schicht der Bevölkerung nach dieser Idee seine Menschheitsbildung sich forme — um sie nach persönlich zu verformen? Ist das Zweck genug? Ich glaube nicht. Denn diese kleine Schicht, in der humanistische Bildung überhaupt Gestalt gewinnt (sie bildet doch nur einen Bruchteil der Nobles-volens-Schüler humanistischer Gymnasien), bleibt für die Kultur der Gesamtheit wirkungslos und bedeutungslos, wenn ihre Bildung Selbstzweck ist. Sie sind zu wenig, und die Aufgaben, die sie als eine geistige Krisisstätte den anderen zum Vorbild und Gesetz werden, sind sehr gering. Der Zukunft des Lebens selbst geht über sie hinweg, läßt das, was sie sein möchten, in Bezug und Arbeit nur unvollkommen und bruchstückweise Gestalt werden, geschweige denn greifbar, überzeugend und wirksam nach außen erscheinen — als schönen Stil des Lebens. Stellt man die Frage, ob die humanistische Bildung heute wirklich der Formlosigkeit und Platitude gegenüber eine M a o f t ist, so wird man sie nur sehr bedingt bejahen. Jedenfalls ist es ihr nicht gelungen, den gesamten Zuschnitt unserer Kultur zu beeinflussen.

Ja, sie hat das eigentlich auch noch niemals wirklich gemacht!

Und hier empfinde ich die „Enge ihrer pädagogischen Bewußtheit“. Wenn der Humanismus seine Idee nicht nur als Studienobjekt oder als „Bildungslehre“, sondern als wirksame, gestaltende, verpflichtende Kraft empfindet, dann müßte er ganz anders zur ecclesia militans gegen die feindlichen Zivilisationskräfte werden. Und hier blieb die Laguna etwas schuldig, die den führenden Gebern der Einleitung nicht folgte, sondern sich in Spezialfragen einspielte. Auch diese Spezialfragen (sicher fiel ein Vortrag zum Professor Ditt über Humanismus und Geschichte aus, der diese Aufgabe insbesondere zu erfüllen gehabt hätte) hätten Anknüpfungspunkte zu solcher großen Auseinandersetzung des Humanismus mit dem 19. und 20. Jahrhundert geben können, aber sie wurden im ganzen nicht ausgenutzt. Man war erlosch und influiv sachlich, bewegte sich im Unkreis einer Schulqualität und ihres Innenausbaues ein, indem er begab sich nicht hinaus, um die Schulqualität als geistige Macht im Kampf mit der gegenwärtigen Kulturzerstörung zu betrachten.

Hier aber liegt doch das eigentliche Thema der Auseinandersetzung.

Denn die ganze gegenwärtige pädagogische Bewegung, ja alles, was überhaupt seelisch lebendig ist, drängt ja doch heute zur Wiedergeburt des Gedankens der reinen Menschheitsbildung. Angesichts der Verflüchtigung und Zerflüchtigung des Menschentums durch einen in die Sinnlosigkeit des Konkurrenzkampfes gespannter arbeitsteiliger Wirtschaftspraxis erwacht allenthalben das schmalerlich-lehnständige Bewußtsein von Menschentum und Bildung. Wenn der Humanismus etwas wert ist, dann muß er diese Sehnsucht verstehen — und führen. Ein Glaube werden wie einmal das Christentum, der auf die Welt eindringt und den Menschen dem bloßen Zwang der materiellen Tatsachen entreibt.

Humanistische Bildung als Macht unserer gegenwärtigen Inkultur gegenübergestellt, das würde bedeuten: daß im humanistischen Gymnasium eine Schär gebildet würde, die aus der Antike das Bild des ganzen Menschen in sich annimmt, aber mit seiner Verpflichtung: daß es wiedererweckt, daß man ihm die Möglichkeiten der Verfeinerung schaffe. Und die von diesem Bilde aus die Auseinandersetzung mit der Zivilisation aufnimmt — in breiterer Front. Die all das Suchen in der Jugendbewegung, in der Pädagogik (Arbeitsgedanke) nach den ganzen Menschen in sich aufnimmt, klar und zur Formung führt. Werner Jaeger hat darauf hingewiesen, daß diese Sehnsucht aus der Amerikanisierung zum Menschentum irreführt in den Magen asiatisch-lamischer Gefühlskultur. Sie muß den uns gemäßen, abendländisch-europäischen „Wege zur Bildung“ des geistig autonomen Menschen geführt werden. Man könne sich denken, daß die humanistische Idee von der bildhaftesten

Churchills „glänzendes“ Budget.

Der fünftige Premierminister.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Das Budget Churchills hat hier im allgemeinen eine glänzende Aufnahme gefunden und wird sogar ein „glänzendes“ Budget genannt, das die großen Erwartungen, die in ihrem Verfaßer setze, als voll berechtigt erwiesen habe. Die meisten konservativen Blätter meinen, man könne reichlich zu seinem Budget nur beglückwünschen. Dabei werde die Lösung der Einkommensteuer, die Führer zum Goldstandard, die Fortsetzung der Schuldentilgungspolitik die Ausführung der Rentenpensionen besonders hervorzuheben. Nur „Daily Express“ ist äußerst ungehalten, weil die Einkommensteuer nur um einen halben Anteil um einen ganzen Teil ermäßigt wurde, und weil den Arbeitgebern und übernehmern neue Versicherungspflichten auferlegt wurden. Liberalen jedoch mit Recht die Wiedereinführung MacKenna-Zölle, die eine deutliche Sinngebung in Protektionismus zeigen. Auch das Zugehörigkeit an System der Zollvorzugung für die Dominien wird von den Liberalen verurteilt. Dagegen werden von den Liberalen Churchills glänzende Versicherung- und Pensionsvorschlüsse die soziale Heilmittel lebhaft begrüßt. Rein parteilich ist der sozialistische „Daily Herald“, der Churchill vorwirft, daß er die Armeen dafür zahlen lasse, ohne den offensichtlichen sozialpolitischen Fortschritt des neuen Budgets anzuerkennen. In allem laute das Urteil der Morgenblätter, daß Churchill großzügig die Sympathie schaffe, indem er aus dem Programm aller Parteien das entnehme, was er für brauchbar halte. In dem Churchill's Ansehen durch sein Budget noch vergrößert, wie diejenigen sich in ihrer Ansicht befrachten, die in Churchill kurz oder lang den künftigen Premierminister erwarten.

Das Budget Churchills hat hier im allgemeinen eine glänzende Aufnahme gefunden und wird sogar ein „glänzendes“ Budget genannt, das die großen Erwartungen, die in ihrem Verfaßer setze, als voll berechtigt erwiesen habe. Die meisten konservativen Blätter meinen, man könne reichlich zu seinem Budget nur beglückwünschen. Dabei werde die Lösung der Einkommensteuer, die Führer zum Goldstandard, die Fortsetzung der Schuldentilgungspolitik die Ausführung der Rentenpensionen besonders hervorzuheben. Nur „Daily Express“ ist äußerst ungehalten, weil die Einkommensteuer nur um einen halben Anteil um einen ganzen Teil ermäßigt wurde, und weil den Arbeitgebern und übernehmern neue Versicherungspflichten auferlegt wurden. Liberalen jedoch mit Recht die Wiedereinführung MacKenna-Zölle, die eine deutliche Sinngebung in Protektionismus zeigen. Auch das Zugehörigkeit an System der Zollvorzugung für die Dominien wird von den Liberalen verurteilt. Dagegen werden von den Liberalen Churchills glänzende Versicherung- und Pensionsvorschlüsse die soziale Heilmittel lebhaft begrüßt. Rein parteilich ist der sozialistische „Daily Herald“, der Churchill vorwirft, daß er die Armeen dafür zahlen lasse, ohne den offensichtlichen sozialpolitischen Fortschritt des neuen Budgets anzuerkennen. In allem laute das Urteil der Morgenblätter, daß Churchill großzügig die Sympathie schaffe, indem er aus dem Programm aller Parteien das entnehme, was er für brauchbar halte. In dem Churchill's Ansehen durch sein Budget noch vergrößert, wie diejenigen sich in ihrer Ansicht befrachten, die in Churchill kurz oder lang den künftigen Premierminister erwarten.

für Rätlicher gewesen, der zunächst gar nicht mußte, was er damit anfangen sollte. Schließlich teilte Grey mit, es sei natürlich Amerika's Ansicht gewesen, Lord Baldwin, dem die englische Armee ihre Neuorganisation und ihren Generalstab verdankt, zum Kriegsminister zu machen. Er habe jedoch davon Abstand nehmen müssen, weil gegen Baldwin eingewendet wurde, daß sein großes Interesse für deutsche Philosophie ihn zum Deutschenfreund mache. (1)

Ein neues Attentat in Sofia vereitelt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wie aus Bukarest gemeldet wird, hat die Polizei in Sofia den Plan zu einem Bombenattentat im Gebäude des Ministeriums entdeckt, das sich hauptsächlich gegen den König richtete. Einzelheiten werden noch geheimgehalten. Über die Tat sache, daß die Polizei in Sofia kommunistisch gesinnte Beamte mitarbeiten sollten, wird an informierter Stelle angegeben. Die Beilegung des südbalkanischen politischen Konflikts ist nach einem durch eine offizielle Erklärung aus Sofia bezeugt worden. Ein Communiqué der bulgarischen Telegraphenagentur bezeugt: Anlaß der irdischen Auslegungen, zu denen gewisse offizielle Erklärungen über die jüngsten Terrorakte Veranlassung gegeben haben, erklärt die bulgarische Regierung, sie habe niemals den Verdacht gehabt und habe auch jetzt keinen Grund zu dem Verdacht, daß die jugoslawische Regierung oder amtliche Organe Substantien bei der Vorbereitung oder Durchführung der erwähnten Akte mitbeteiligt gewesen seien. Das genügt der Weltpresse Regierung.

Wien, 29. April. (Zunftnachricht.) Der Redakteur des Kommunistsblattes in Ugram, Jillic, welcher österreichischer Bürger ist, wurde verhaftet und nach Oesterreich abgeführt. Er ist gestern hier eingetroffen. Zahlreiche andere Kommunisten sollen ebenfalls verhaftet und aus Ugram ausgewiesen werden.

Die verschobene Abrüstungskonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 29. April. In der gestrigen Unterkonferenz teilte der Premierminister Baldwin auf Anfrage mit, er könne nirgend ein Anzeichen dafür erblicken, daß in Europa die Abrüstungskonferenz einberufen werde. Der Kriegsminister gab auf Anfrage zu, daß der Oberkommandierende der englischen Besatzungstruppen in Köln berichtet habe, daß kommunistische Flugblätter, die zur Rekrutierung auffordernden, in den englischen Kasernen der Besatzungsarmee gefunden wurden. Die Untersuchung sei eingeleitet.